

Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS sollte auch nach dem 3. Oktober 1990 in Kraft bleiben, bis die Lagerung und der Umgang mit den Akten des ehemaligen MfS vom gesamtdeutschen Gesetzgeber geregelt sind. Eine solche gesamtdeutsche Regelung muß zwei Gesichtspunkten besonders Rechnung tragen:

1. Die Bürgerinnen und Bürger müssen das Recht behalten, ihre Vergangenheit in eigener Verantwortung zu bewältigen.

2. Die Akten dürfen nur nach Maßgabe strenger datenschutzrechtlicher Bestimmungen eingesehen und verwendet werden. Ein Mißbrauch zu politischen und kriminellen Zwecken muß ausgeschlossen sein.

Auf jeden Fall gilt es im Einigungsvertrag sicherzustellen, daß diese Intentionen, daß die Intentionen des von der Volkskammer beschlossenen Gesetzes auch nach dem 3. Oktober beachtet werden, nämlich die Möglichkeit, die Akten für die historisch-politische Aufarbeitung zu nutzen, die Vernichtung von Aktenmaterial zu verhindern, das Recht der Bürger auf Auskunft über das über sie existierende Aktenmaterial zu garantieren und Mißbrauch zu politischen und kriminellen Zwecken zu verhindern.

Ich brauche in diesem Zusammenhang wohl kaum noch darauf hinzuweisen, daß Herr Diestel als Innenminister schlechthin unerträglich geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat im übrigen den Abgeordneten Joachim Gauck für das im Einigungsvertrag vorgesehene Amt des Sonderbevollmächtigten zur Bewältigung dieser Vergangenheit vorgeschlagen, und ich fordere die anderen Fraktionen auf, diesen Vorschlag mit zu unterstützen, ihn zu einem gemeinsamen Antrag zu machen.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne -
Unruhe bei CDU/DA und DSU)

Wir werden dem Einigungsvertrag zustimmen, weil es uns wichtig ist, Teilerfolge zu erzielen, Erreichbares auch wirklich zu erreichen, anstatt es zu gefährden, gar zu verhindern, indem man die Reinheit des eigenen Programms für das Wichtigste hält. Politik sollte nicht den Politikern dienen, ihre Bedürfnisse nach Prinzipientreue und Kompromißlosigkeit befriedigen, sondern Politik sollte den Menschen in unserem Lande dienen, denen es um spürbare Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse geht, und seien diese auch nur mühsam, Schritt für Schritt zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Die DDR tritt nicht dem Paradies bei, aber auch nicht der Hölle. Die Bürger der Bundesrepublik haben eigene Interessen, aber sie haben auch ein großes Maß an Solidarität gezeigt.

Die Deutschen haben den Krieg gemeinsam verschuldet und gemeinsam verloren. Sie haben dadurch, daß die Westalliierten aus dem Westen und die Rote Armee aus dem Osten kamen, unterschiedlich hart und unterschiedlich lange an den Kriegsfolgen zu tragen gehabt. Jetzt geht es darum, dem Teil Deutschlands, dem es schlechter erging, unter die Arme zu greifen, damit die deutsche Einigung ein Gewinn für alle wird. Vor allem aber: Die Bevölkerung der DDR tritt einer demokratischen politischen Kultur bei, die zur Auseinandersetzung fähig ist und in der Auseinandersetzungen notwendig sind.

Die deutsche Einheit ist für die Sozialdemokraten nicht allein staatliche Einheit, sondern in erster Linie die Einheit und Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland. Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu verwirklichen ist das politische Ziel für die nächsten Jahre. Gerade auch dieser Vertrag zeigt, daß hier noch viel Arbeit vor uns liegt und viele politische Auseinandersetzungen auf uns warten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wolle sich den

Aufgaben und Auseinandersetzungen für Deutschland stellen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Gysi. Bitte schön.

(Nicht zu verstehender Zuruf)

Die CDU hat getauscht, es war nicht ganz klar, an welche Stelle. - Bitte schön, zunächst Herr Gysi.

Dr. Gysi für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte natürlich gern erst Ihnen zugehört, Herr Dr. Krause,

(Gelächter bei der SPD)

um einiges in die Argumentation mit aufnehmen zu können. Ich bedaure ein bißchen, daß ein so wichtiges Gesetz, ein so wichtiger Vertrag kurz vor Landtags- und gesamtdeutschen Wahlen behandelt wird, was offensichtlich dazu verführt, aus einem so wichtigen Dokument ein Objekt des Wahlkampfes zu machen. Ich finde, das hat dieses Objekt nicht verdient.

(Beifall bei CDU/DA)

Aber das gilt natürlich für alle Seiten, und auch ich muß mich sicherlich beherrschen, um nicht in diesen Fehler zu verfallen. Das will ich einräumen, freimütig.

(Vereinzelt Beifall)

Ich erinnere mich, daß die Standpunkte zu diesem Vertrag sich sehr gewandelt haben. Ich erinnere mich durchaus auch an eine Zeit, in der die SPD erklärte, lieber den Beitritt zum 15.9., und zwar völlig unabhängig davon, ob es zu diesem Zeitpunkt einen Einigungsvertrag gibt oder nicht.

(Zum Teil Gelächter, vereinzelt Beifall)

Herr Lafontaine hat das so gesagt.

(Zurufe bei der SPD: Nein, das war immer die Meinung. Herr Gysi, da müssen Sie immer schön bei der Wahrheit bleiben.)

Ich finde, die Kritik, die hier von der SPD an dem Vertrag geäußert wurde, ist so, daß ich dem in vollem Umfang zustimmen kann. Ich habe dazu aus meiner Sicht noch einiges zu ergänzen.

(Unverständlicher Zuruf bei CDU/DA)

Ach wissen Sie, mit wem Sie früher alles Koalitionen eingegangen sind! Da wäre ich doch etwas vorsichtiger.

(Beifall und Gelächter bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Es ist zweifellos eine Situation, in der es um große Fragen für die Zukunft, nicht nur dieses Landes und dieses neuen, geeinten Deutschlands, sondern auch Europas geht. Und ich habe meine großen Zweifel, ob dieser Vertrag diesen Anforderungen, die daran geknüpft sind, gerecht wird. Ohne Zweifel hat die Gesamtentwicklung etwas mit der völlig verfehlten Politik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zu tun und damit, daß, wie ich meine, der sogenannte real existierende Sozialismus so, wie er war, zu Recht scheitern mußte. Das ändert nichts an der Tatsache, daß es bedauerlich ist, daß es nicht gelungen ist, eine demokratische Alternative zur kapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik zu gestalten. Als dies versucht wurde, war es offensichtlich zu spät.

(Unruhe bei CDU/DA)